

Haushaltsrede 2018

Anrede, wir beraten und beschließen heute die Haushaltssatzung für das Jahr 2018. Die SPD-Fraktion hat auch in diesem Jahr in einer Klausurtagung und weiteren Fraktionssitzungen den Haushaltsentwurf geprüft und intensiv beraten. Für die Unterstützung durch die Verwaltung, insbesondere durch den Kämmerer, bedankt sich die SPD-Fraktion an dieser Stelle ausdrücklich.

Wir möchten allerdings auch nicht unerwähnt lassen, dass der Verzicht der Ausweisung der Personalressourcen zu den einzelnen Produkten und der erneut eher spät übergebene Stellenplan die Beratungen und Bewertungen etwas erschwert haben.

Der Entwurf der Haushaltssatzung weist nach letzten erfolgten Korrekturen ein **Defizit von ca. 1,75 Mio. €** im Ergebnishaushalt aus, so dass der Haushalt erneut nur mit einem Rückgriff auf die allgemeine Rücklage ausgeglichen werden kann. Nach einem zunächst im Vorfeld nicht erwarteten positiven Ergebnis im Jahr 2016 wird 2018, wie auch bereits 2017 **Eigenkapital verbraucht, was eine sehr problematische Entwicklung ist.** Dieses Eigenkapital der Gemeinde betrug mit der Eröffnungsbilanz 2008 knapp 76 Mio. €. Zum Ende des Haushaltsjahres 2018 nur noch 54,5 Mio €. Das ist besorgniserregend, aber etwas weniger dramatisch, als in den Haushaltssatzungen der letzten Jahre zunächst prognostiziert. Die Finanzplanung bis zum Jahr 2021 lässt indes Hoffnung aufkommen. Sie ist zwar nur eine Prognose, aber immerhin eine Prognose aus dem letzten Jahr, die in diesem Jahr Bestand hat. Denn sie bestätigt die Annahme, dass wir ab 2020, also bereits im übernächsten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt erreichen werden. Das ist eine Perspektive, die angesichts der wirtschaftlichen Situation vieler Kommunen in NRW alles andere als eine selbstverständliche ist. Und Gedanken an eine drohende Haushaltssicherung müssen wir uns jedenfalls im Moment nicht machen.

Diese erfreuliche Entwicklung und Perspektive ist einerseits darin begründet, dass sich die **Einnahmen äußerst positiv** entwickeln. Die Konjunktur brummt seit vielen Jahren in Deutschland und im Augenblick sieht es nicht so aus, als ob diese Situation ein baldiges Ende erfahren würde. Während die Einnahmen sprudeln, sind die Kosten für den Kapitaldienst seit Jahren im Keller, die Gemeinde zahlt für ihre Schulden kaum noch Zinsen. Auch dieser Zustand wird, so hoffen wir, voraussichtlich noch eine gewisse Zeit anhalten, wenn auch

angesichts der wirtschaftlichen Erholung im gesamten Euro-Raum vielleicht nicht mehr allzu lange.

Jedenfalls, Anrede, lässt sich festhalten: müsste die Gemeinde **die** Zinsen für ihre Kredite zahlen, die wir von unseren Bürgern im Rahmen der Gebührenhaushalte als kalkulatorische Verzinsung verlangen, wäre an einen Haushaltsausgleich nicht zu denken.

Also wir sollten uns nichts vormachen: die positive finanzielle Entwicklung in der Gemeinde Simmerath basiert ganz weitgehend auf externen Faktoren, die wir nicht beeinflussen können und bei denen wir hoffen müssen, dass die weiter anhalten.

Die Gemeinde Simmerath, das darf man zu recht feststellen, entwickelt sich insgesamt durchaus **positiv**. Die Einwohnerzahlen steigen weiter leicht an, ebenso die Schülerzahlen. Neue Kindergärten entstehen, bemerkenswerterweise just dort, wo CDU und GRÜNE die Grundschule schließen. Ich möchte auch an dieser Stelle nicht darauf verzichten, Sie an Ihre Fehlentscheidung, die Grundschule Kesternich zu schließen, zu erinnern.

Die **Einnahmen aus dem Steuerverbund**, also der Einkommen- und Umsatzsteuer steigen stark an, auch kann aufgrund der Entwicklung der Steuerkraftmesszahl wieder eine, wenn auch geringe Schlüsselzuweisung vereinnahmt werden. Aber auch die wichtigste gemeindeeigene Steuer, die Gewerbeuer entwickelt sich stetig nach oben. Dabei bleiben die Steuersätze in Simmerath konstant, dies auf einem Niveau, das uns zwar hoch erscheinen mag, aber jedenfalls niedriger ist, als in den Nachbarkommunen.

Zu den bedeutenden Einnahmen zählen auch die **gemeindlichen Gebühren** für Abwasser- und Müllbeseitigung sowie Straßenreinigung und Friedhöfe bzw. Bestattungen. Die Gebührensätze bleiben, mit Ausnahme der Friedhofsgebühren konstant bzw. entwickeln sich sogar leicht rückläufig. Die SPD-Fraktion hat den Gebührensatzungen zugestimmt, jedoch halten wir die Höhe der angesetzten kalkulatorischen Zinssätze für nicht mehr angemessen – auch wenn sie unbestritten rechtlich korrekt sind. Wir bedauern, dass CDU und Grüne unserem Antrag nicht folgen wollten. Die SPD-Fraktion wird weiter eine Senkung der kalkulatorischen Zinsen und damit der Gebühren fordern, die Entwicklung des Haushaltes wird es uns zusätzlich erleichtern.

Eine ganz neue Situation verzeichnen wir in diesem Jahr den bei **Zahlungen an die Städteregion** auf Grundlage der Städteregionsumlage. Wir sind es gewohnt, dass die Zahlungen an die Städteregion Jahr für Jahr, ansteigen, mal mehr, mal weniger, auf jeden Fall aber steigen. Dies ist in diesem Jahr erstmals nicht der Fall. Wir spüren hier zum einen die positiven Folgen der finanziellen Entlastungen der Kommunen durch den Bund, so kann u.a. auch die Landschaftsverbandsumlage an die Kreise bzw. die Städteregion zurückgefahren werden, was im Endergebnis dann auch positiv auf die Gemeinden durchschlägt. Maßgeblich dürfte aber auch die Politik einiger Kommunen sein, die der Städteregion unmissverständlich ihre Position klar gemacht und das Einvernehmen zum ersten Entwurf des städteregionalen Haushalts verweigert haben.

Es bleibt für die Zukunft zu hoffen, dass die Politik der Bundesregierung zur Entlastung der Kommunen nicht durch die schwarz-gelbe Landesregierung weiter konterkariert wird. Zu den ersten Maßnahmen der neuen Landesregierung gehörte ein Griff in die Taschen der Kommunen. Nachdem die Regierung Rüttgers die Krankenhausinvestitionsumlage für die Kommunen eingeführt hat, hat die Regierung Laschet sie um 50% für die Kommunen erhöht – eine Mehrbelastung für Simmerath um 105 T€.

Zum Haushalt gehört ganz wesentlich auch der Stellenplan der Gemeinde Simmerath. Der Stellenplan sieht eine Zunahme der Stellen für die Tarifbeschäftigte um ca. 2 ½ Stellen vor, was uns angesichts frei zu haltender Stellen aber auch zunehmender Aufgaben, z.B. durch die Einführung und Bedienung des Ratsinformationssystems als sinnvoll erscheint. Insofern stimmt die SPD-Fraktion dem Stellenplan zu, beantragt aber ausdrücklich, eine feste Zuständigkeit für den Aufgabenbereich der Inklusion im Stellenplan zu verankern. Vielleicht könnte das Produkt Gleichstellung die geeignete Stelle sein.

Kontrovers haben wir mit den Mehrheitsfraktionen auch in diesem Jahr im Wesentlichen 2 Punkte diskutiert. Da sind zum einen die Ansätze für die **Unterhaltung der Wirtschaftswege** und der gemeindlichen Straßen. An die Vorliebe der CDU und neuerdings auch der GRÜNEN, Wirtschaftswege luxuriös auszubauen, damit sie im Zweifel auch gut für den illegalen Pkw-Verkehr zu nutzen sind, haben wir uns inzwischen gewöhnt. In die Unterhaltung unserer Gemeindestraßen investieren wir heute zwar mehr als noch vor einigen Jahren, aber, wie wir meinen, immer noch zu wenig. Deshalb hat die SPD-Fraktion, wie in den letzten Jahren, eine

teilweise Umschichtung von Geldern von den Wirtschaftswegen hin zu den Gemeindestraßen beantragt – die Mehrheit hat das, wie gewohnt abgelehnt.

Auch im vergangenen Jahr haben wir bereits über **Langschoss** diskutiert, zum Teil sehr emotional und auch unsachlich. So auch in diesem Jahr. Zwei Dinge spielen aus Sicht der SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang eine Rolle. Da ist zum einen die menschlich psychische Komponente, aus der heraus wir feststellen, dass die Lage der Unterkunft eigentlich für die Unterbringung von Menschen, die auch am sozialen Leben teilhaben und zumindest z.T. auch integriert werden wollen, absolut ungeeignet ist. In diesem Zusammenhang erkennen wir ausdrücklich die Bemühungen der Verwaltung, den Beschluss des Fachausschusses umzusetzen und bestimmte Personengruppen, v.a. Familien dezentral in den Dörfern unterzubringen, an.

Die andere Seite ist die bautechnische Situation, also der **bauliche Zustand** und die erforderlichen bzw. beabsichtigten Investitionen in die Gebäude. Die Gemeinde saniert Jahr für Jahr vor sich hin, ohne ein Gesamtkonzept zu haben oder es uns wissen zu lassen. Letztes Jahr waren es 35 T€ für energetische Sanierung, dieses Jahr sind es 50 T€ für neuen Fenster, 2021 230 T€ für Erneuerung Dach- und Außenfassade. 2019 und 2020 werden sicher nicht ohne nennenswerte Investitionen bleiben. Die SPD fordert die Erstellung eines Konzeptes zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Gemeinde Simmerath, ein Konzept, das sowohl bauliche Aspekte, als auch die Kostenseite insgesamt sowie die menschlich-sozialen Aspekte angemessen berücksichtigt. Dem möchten wir uns, um ein vielstrapaziertes Wort zu benutzen, ergebnisoffen stellen. Die SPD-Fraktion hat deshalb beantragt, die Ausgaben von 50 T€ für neue Fenster zu streichen und zunächst 30 T€ für die professionelle Konzepterstellung im Haushalt einzustellen. Die CDU und die GRÜNEN lehnen das ab, sie meinen, das können wir alles selbst. Vielleicht ist die Ablehnung unseres Antrages aber auch nur Ausdruck des Wunsches, alles so zu lassen wie es ist.

Durch die **Integration der Schülerbeförderung** in den öffentlichen Personennahverkehrs erzielen wir Einsparungen sowohl im Gemeindehaushalt als auch im Haushalt des Schulzweckverbandes. Im letzten Jahr haben wir gesagt, dass wir dieser Neuregelung auch für die Grundschüler positiv gegenüberstehen, erwarten aber, dass es zu keinerlei negativen Auswirkungen auf die Schülerbeförderung kommt. Wir sind derzeit nicht sicher, ob dies wirklich so festgestellt werden kann. Wir haben doch von einigen Problemen erfahren und

erwarten, dass diese nun zeitnah abgestellt werden. Erste Schritte wurden unternommen und die damit verbundenen Mehrkosten tragen wir mit, auch wenn die Ersparnisse damit weitgehend aufgezehrt sind. Sollte dies insgesamt nicht zufriedenstellend gelingen, wird die SPD-Fraktion beantragen, für die Grundschulen den Schülerspezialverkehr erneut einzurichten.

Ein Defizit in der Politik der Mehrheitsfraktionen sehen wir unverändert in der **mangelnden interkommunalen Zusammenarbeit** mit unseren Nachbargemeinden. Die sehr positiv zu bewertende Kooperation mit Roetgen beim Glasfaserausbau zeigt doch, welch enormes Potenzial hier noch schlummert und gehoben werden sollte.

Neben diesen kontroversen Standpunkten sieht die SPD-Fraktion durchaus positive Ansätze bzw. Entwicklungen. Etliche **Forderungen bzw. Anträge der SPD-Fraktion der letzten Jahre** sehen wir zwischenzeitlich als realisiert an.

Die Einführung einer **Gebäudemanagement** war lange Jahre eine gebetsmühlenartig wiederholte Forderung der SPD-Fraktion. Endlich liegt eine gründliche Bestandsaufnahme zu den gemeindlichen Gebäuden vor. Nun müssen wir politisch gestalten und daraus konkrete politische Beschlüsse ableiten. Beschlüsse zur eventuellen Aufgabe von Gebäuden, zur weiteren Nutzung und regelmäßigen baulichen Sanierung und Unterhaltung bzw. zur Übertragung auf Vereine gehören dazu. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu prüfen, inwieweit Ungleichbehandlung bei der Unterstützung der Vereine vorliegen und diese zu beseitigen.

Positive Auswirkungen auf den Haushalt sind für 2018 noch nicht auszumachen, die konkreten Entscheidungen stehen ja noch aus. Dem Haushaltsansatz zur Unterhaltung der Gebäude insgesamt stimmt die SPD-Fraktion im Grundsatz zu, bei der Verwendung für die konkreten Maßnahmen fallen die Entscheidungen ja erst noch im zuständigen Fachausschuss.

Die SPD hat jahrelang den **Ausbau des schnellen Internets** in der Gemeinde gefordert und auch die dazu gegebenenfalls erforderlichen Investitionen bzw. Bereitstellung der Haushaltssmittel. In dieser Hinsicht sind wir deutlich vorangekommen und ein weiterer ganz großer Schritt wird 2018 mit dem Ausbau eines Glasfasernetzes in dem meisten Orten der Gemeinde erfolgen. Insofern stimmt die SPD den begleitenden und den Ausbau

kontrollierenden Maßnahmen zum Glasfaserausbau ausdrücklich zu. Im letzten Jahr haben wir unseren Antrag zur Einrichtung von Freifunk an geeigneten Plätzen gestellt. Wir sind erfreut, dass die Maßnahme begonnen wurde und Mittel für den weiteren Ausbau vorgesehen sind.

Für 2017 bereits hat die SPD-Fraktion beantragt, Gelder für die Anschaffung und das Betreiben eines **Ratsinformationssystems** in den Haushalt einzustellen. Damals waren wir der Mehrheitsfraktion zu schnell, jetzt wurden Systeme vorgestellt und die Einführung ist für 2018 fest vorgesehen. Das freut uns.

Auch wenn die zeitliche Planung etwas aus dem Ruder gelaufen ist, und uns das eine oder andere Detail noch nicht ganz zufrieden stellt, sind wir froh, dass der **Rathausplatz** in neuer und vor allem barrierefreier Form Gestalt annimmt. Wir konnten hier die planerische Integration in die gesamte Zentralortentwicklung durchsetzen und gehen davon aus, dass das in der Aufstellung befindliche städtebauliche Gesamtkonzept für den Zentralort Simmerath 2018 planerisch vorangetrieben und abgeschlossen werden kann. Wir sind sehr gespannt auf die diesbezüglichen Rückmeldungen bzw. Initiativen aus der Bürgerschaft.

Mit Interesse haben wir auch den Vorschlag zur Errichtung einer **öffentlichen Toilette** im Bereich des Bushofs in Simmerath aufgenommen. Diesen Antrag des verstorbenen ehemaligen Ratsherren Claus Brust, jetzt vom Bürgermeister neu aufgegriffen, unterstützt die SPD und auch den damit verbundenen Haushaltsansatz. Die Art und Weise der Kommunikation ist allerdings doch etwas befremdend, erfahren die Ratsmitglieder aus der Presse, dass dies 2018 umgesetzt werden **wird**, ohne das es überhaupt die Gelegenheit gab, darüber zu beraten.

Ebenso wurden die Pläne zur Errichtung einer Kindertagesstätte im Gebäude der Grundschule Kesternich als Fakt in den Medien verkündet, bevor noch die zuständigen Gremien in Gemeinde und Städteregion darüber beschlossen haben.

Dies Herr Bürgermeister – bitte gestatten Sie mir diesen kurzen Exkurs – ist respektlos gegenüber den demokratisch gewählten Gremien und es wäre ratsam und gut, ein solches Vorgehen künftig zu lassen. Gewaltenteilung funktioniert so, dass das demokratisch gewählte Gremium entscheidet und die Verwaltung dies umsetzt. Sie funktioniert nicht nach dem Prinzip, dass die Verwaltung entscheidet und die Volksvertreter abnicken.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich der Tragweite ihrer Äußerungen, Herr Bürgermeister, in der Presse vom vergangenen Samstag zum Vorgehen bei der Planung zur neuen Kindertagesstätte Kesternich, nicht bewusst sind bzw. waren. Alles andere wäre schlimm.

Das Sport- und Kulturzentrum Kesternich entsteht, in indirekter Folge auch neues, attraktiv gelegenes Bauland in Kesternich. Für Lammersdorf unterstützt die SPD-Fraktion die Planungen hinsichtlich der Errichtung des Kreisverkehrs und des neuen Baugebietes „In der Hasselfuhr“. Wir hoffen, dass auch die jetzt noch vereinzelt kritischen Stimmen überzeugt werden können.

Dies zeigt unter anderem, dass, auch wenn der Zentralort Simmerath vielfach im Fokus unserer Arbeit steht, wir die Dörfer der Gemeinde nicht vergessen und vernachlässigen. Es werden weitere Anstrengungen erforderlich sein, auch in den Dörfern die Infrastruktur aufrechtzuerhalten und eine zumindest behutsame Entwicklung zu ermöglichen. Die Schließung von Schulen ist sicherlich kein dazu förderliches Vorgehen.

Die SPD-Fraktion dankt der Verwaltung insgesamt für ihre Arbeit für die Bürger, im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen v.a. der Kämmerei und dem Kämmerer für die Haushaltsführung, die Erstellung der neuen Haushaltssatzung und Unterstützung der Fraktion in den Beratungen der letzten Wochen.

Die SPD-Fraktion stellt insgesamt fest, das viele Dinge, für die wir in den vergangenen Jahren – zunächst in der Regel vergeblich – gerungen haben, auf den Weg gebracht bzw. zwischenzeitlich umgesetzt sind. Die SPD-Fraktion stellt weiterhin fest, dass sich die Situation des gemeindlichen Haushalts insgesamt positiv entwickelt. Diese Haushaltssatzung beinhaltet nur wenige Punkte, die wir ausdrücklich ablehnen und die wir auch weiterhin ablehnen werden, die es aber nicht rechtfertigen würden, den Haushalt insgesamt abzulehnen. Das Positive überwiegt. Die SPD-Fraktion wird daher diesem Satzungsentwurf des Haushalts der Gemeinde Simmerath zustimmen.

Ende